

MONATSBERICHTE DES WIENER INSTITUTS FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

14. Jahrgang, Nr. 7/8

Ausgegeben am 4. September 1940

Inhaltsverzeichnis:

Der Zusammenbruch der britischen „Wirtschafts- offensive“ in Südosteuropa	105	Die Ausfuhr von Erzeugnissen der Viehwirtschaft aus dem Südosten	130
Sanktionen gegen Italien	105	Unterschiede in der Zusammensetzung	131
„Wirtschaftsoffensive“ gegen Deutschland	106	Die Absatzmärkte	132
Blockade mit wirtschaftlichen Kampfmitteln	111	Der tägliche Arbeitsweg in Oberdonau	136
Die wirtschaftliche Logik des Zusammenbruchs	115	Tabellenanhang:	
Die Eisenbahnen Rumäniens	121	Wirtschaftszahlen der Südostländer	140
Die Netzgestaltung und die Hauptstrecken	122		
Verkehr und Ertrag	126		
Eisenbahn und Industrialisierung	128		

Der Zusammenbruch der britischen „Wirtschaftsoffensive“ in Südosteuropa

In unmittelbarer Folge der seit dem 10. Mai d. J. im Westen und im Mittelmeer eingetretenen politischen und militärischen Ereignisse ist die von den Briten im Südosten mit wirtschaftlichen Kampfmitteln unternommene Blockierung Deutschlands vollständig zusammengebrochen. Damit wurde der seit 1936 betriebenen „britischen Wirtschaftsoffensive auf dem Balkan“, als deren Krönung diese blockadepolitischen Wirtschaftsmaßnahmen anzusehen waren, ein Ende gesetzt. Nach ihren politischen Beweggründen und Zielen heben sich drei Phasen der britischen Wirtschaftsoffensive in Südosteuropa deutlich voneinander ab.

Erste Phase: Sanktionen gegen Italien

In der ersten Phase richtete sich der wirtschaftspolitische Kampf gegen Italien. Er begann um die Jahreswende 1935/36 in Verbindung mit den wirtschaftlichen Sanktionen des Völkerbundes, die in der Zeit vom November 1935 bis zum Juli 1936 durchgeführt wurden. Damals hat Großbritannien den fünf an den Sanktionen teilnehmenden Südostländern (Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Türkei und Griechenland) angeboten, sie durch vermehrte eigene Käufe für die ihnen im Italienhandel entstehenden Einbußen schadlos zu halten, und zwar einmal, um sie auf diese Weise an die Völkerbundspolitik zu fesseln, zum andern aus empirepolitischen Beweggründen. Solange Italien der traditionelle Freund Englands im Mittelmeer war, hatten die Briten keinen Anlaß, den politischen und wirtschaftlichen

Einfluß Italiens in Südosteuropa zurückzudrängen. Als Italien aber im Kampf um Abessinien das Kielwasser der britischen Politik verließ und die Vormachtstellung im Mittelmeerbecken zu beanspruchen begann, versuchte die britische Politik sofort, das im Rücken Italiens gelegene Südosteuropa mit seinen ausgedehnten Mittelmeerküsten für die Flankendeckung des Seewegs nach Indien einzuspannen¹⁾. Wirtschaftlich konzentrierte sich dabei die britische Interessenpolitik im wesentlichen auf Jugoslawien und die Türkei. Nach dem Fall der Meerengenklausele in den Vereinbarungen von Montreux (20. Juli 1936) sicherten sich die Briten gegen das deutsche Angebot von *Krupp* den Auftrag der Befestigung der Dardanellen, und im gleichen Jahre kam auch der Lieferungsvertrag zur Errichtung der staatlichen Stahlwerke in Karabük (ein Objekt von 3 Mill. £) wiederum gegen *Krupp* mit der englischen Firma *Brassert & Co. Ltd.* zustande.

Jugoslawien war den Briten wegen seiner Adriaküste politisch-strategisch wichtig²⁾. Außerdem hatte unter den Südostländern vor allem Jugoslawien nennenswerte Mengen von Waren, die unter die Sanktionen fielen, an Italien geliefert. Dies galt in erster Linie für Bauholz. Es gelang in der Sank-

¹⁾ Vgl. hierzu auch Böttner, Helmut: „England greift nach Südosteuropa“, Wien und Leipzig, 1939, S. 9, 10, 98, 99.

²⁾ Jugoslawien trat im Januar 1936 dem gegen Italien gerichteten Mittelmeerpakte bei.

tionszeit, direkte Verbindungen zwischen jugoslawischen Holzausfuhr- und englischen Holzeinfuhrfirmen herzustellen. Die Ausfuhrzahlen zeigen einen

Die jugoslawische Ausfuhr von Bauholz nach Großbritannien und Italien

Ausfuhr nach	1935		1936		1937		1938	
	Mill. Dinar	v. H.	Mill. Dinar	v. H.	Mill. Dinar	v. H.	Mill. Dinar	v. H.
Italien . . .	371'0	88'9	37'3	28'8	229'2	56'0	169'7	63'9
Großbritannien	46'4	11'1	92'3	71'2	180'3	44'0	95'7	36'1
Nach beiden Ländern zusammen	417'4	100'0	129'6	100'0	409'5	100'0	265'4	100'0

Anstieg der englischen Käufe von 46.4 Millionen Dinar (44.300 Tonnen) im Jahre 1935 auf 92.3 Millionen Dinar (96.700 Tonnen) in 1936 und auf 180.3 Millionen Dinar (186.500 Tonnen) in 1937. Allerdings gelang eine wirksame Verdrängung Italiens nur im Sanktionsjahr 1936, in welchem sich Großbritannien und Italien im Verhältnis 71 : 29 in ihre — im ganzen allerdings wesentlich kleineren — Bezüge teilten. Dieses Verhältnis verwandelte sich in 44 : 56, als 1937 Italien wieder als Käufer auftrat. 1938 sanken die britischen Käufe auch absolut wieder auf nur 87.100 Tonnen im Werte von 95.7 Millionen Dinar. Der britische Anteil an der jugoslawischen Gesamtausfuhr von Bau- und Nutzholz stieg von 18.4 v. H. (1936) auf 19.8 v. H. (1937) und sank 1938 auf 13.6 v. H.

Bei dieser britischen Initiative auf dem jugoslawischen Holzmarkt ist es in der ersten Phase im wesentlichen geblieben. Die stärkere Beteiligung Großbritanniens an der jugoslawischen Hanfausfuhr seit 1937 ist zwar nicht unmittelbar auf die Sanktionen zurückzuführen — Hanf stand nicht auf der Sanktionenliste —, hängt aber (neben konjunkturellen Gründen) insofern mit der antiitalienischen Neuorientierung der britischen Mittelmeerpolitik zusammen, als Italien und Jugoslawien die einzigen Weichhanferzeuger der Welt sind und die Briten seit 1936 ihre Abhängigkeit von der italienischen Erzeugung zu beseitigen trachteten. Erdöl, das Italien in beträchtlichen Mengen von Rumänien bezog, wurde bekanntlich — vor allem unter dem Druck der Welterdölkonzerne — nicht in das Embargo einbezogen, so daß hier eine handelspolitische Intervention britischerseits nicht erforderlich wurde. In den übrigen Waren aber hatten die Südostländer angesichts der meist nicht sehr erheblichen italienischen Käufe der Vorsanktionszeit weder große Ausfälle, noch nennenswerte Absatzschwierigkeiten, zumal Deutschland bereit war, alle zusätzlich verfügbaren Mengen aufzunehmen.

Zweite Phase: „Wirtschaftsoffensive“ gegen Deutschland

Die zweite Phase der britischen Wirtschaftsoffensive umfaßt die Zeit vom Frühjahr 1938 bis zum August 1939. Zu ihren Methoden gehörten in diesem Abschnitt vor allem Anleihegewährungen und Anleiheangebote, spontane Großkäufe zu Kriegsvorratzzwecken, handelspolitische Sonderabmachungen, Gründung zwischenstaatlicher Handelskammern, Wirtschafts- und Kulturpropaganda. Alle diese Aktionen ließen das seit 1937 in den Mittelpunkt rückende³⁾ Motiv, ein „Gegengewicht gegen die deutsche Wirtschaftsexpansion und den wachsenden politischen Einfluß Deutschlands auf dem Balkan und im Nahen Osten“ zu schaffen, bereits mehr oder weniger unverhüllt erkennen.

Türkenkredite

Der konkrete Auftakt und zugleich das wirtschaftlich ernsthafteste Unternehmen der ganzen Phase waren die türkisch-englischen Kreditverträge vom 21. Mai 1938, die am 1. Juli 1938 in Kraft traten und deren Abschluß durch die Stimmungsmache deutschfeindlicher Kreise nach der im März 1938 erfolgten Wiedervereinigung der Ostmark mit dem Reich beschleunigt worden war. (Die türkischen Unterhändler befanden sich bereits seit Januar in London.) Nach den Worten der Londoner *Times* vom 20. Mai 1938 hatten die Verträge den Zweck, dazu beizutragen, „daß die Türkei weniger ausschließlich auf deutsche Käufe und Zahlungen angewiesen ist, als sie es in letzter Zeit Gefahr lief zu werden“. In den Abmachungen gewährte Großbritannien der Türkei einen Warenkredit von 10 Mill. £ und eine Rüstungsanleihe von 6 Mill. £. Für die 10 Mill. £ übernahm es die Türkei, bis Ende 1940 in Großbritannien Waren britischer Herkunft (vor allem Kapitalgüter für die Entwicklung der Industrie und des Chrom-, Kupfer- und Kohlenbergbaues, ferner Hafenanlagen und 28 Handelsschiffe) zu kaufen. Als Bezahlung erhielten die englischen Lieferanten mit einer zehnjährigen Laufzeit ausgestattete 5½%ige türkische Schatzanweisungen, die das britische *Export Credits Guarantee Department* garantierte. Eine gleichzeitig gegründete *Anglo-Turkish Commodities Ltd.* wurde beauftragt, türkische Waren laufend auf dem britischen Markt und anderen Freidevisenmärkten mit der Auflage abzusetzen, die von ihr erzielten

³⁾ Vgl. hierzu Report on International Trade. A survey of problems affecting the expansion of international trade, with proposals for the development of British commercial policy and export mechanism, by P. E. P., London, May 1937, S. 226 ff.

Überschüsse in einen Fonds zur späteren Tilgung der Schatzanweisungen einzuzahlen. Für den Rüstungskredit kauften die Türken Waffen, Munition und Kriegsschiffe in England. Gemessen an den Proportionen der türkischen Volkswirtschaft waren diese Mittel riesig. 1938 stieg die Einfuhr aus Großbritannien so an, daß sie für das ganze Jahr dem Werte nach mehr als das Zweifache von 1937 betrug (vgl. Zahlenübersicht). Dieser Steigerung stand indessen keineswegs eine entsprechende britische Initiative hinsichtlich der Abnahme türkischer Waren gegenüber. Von 1937 bis 1938 gingen die britischen Bezüge wertmäßig um rund 50 v. H. zurück, was nur zum Teil auf den Rückgang der Weltmarktpreise zurückzuführen ist. Auch 1939 erreichte die türkische Ausfuhr nach Großbritannien den Stand von 1937 nicht wieder, während die Einfuhr aus Großbritannien infolge der Lieferschwierigkeiten der britischen Industrie von der Höhe des 1938er Kredit-Boom's fast genau auf das Niveau von 1937 sank.

Mais-Großkauf in Jugoslawien

In die Zeit der Vorbereitung der Türkenverträge fällt der erste der spontanen britischen Großkäufe. Es handelte sich um rund 200.000 Tonnen Mais aus Jugoslawien, die zum größten Teil innerhalb eines Monats — April 1938 — nach Großbritannien verschifft wurden. Dadurch erhöhte sich 1938 die jugoslawische Maisausfuhr nach Großbritannien gegenüber 1937 um das Neunzehnfache. Stimuliert wurde dieses einmalige Geschäft — genau wie die türkische Aktion — von der auf Grund des Ostmarkanschlusses betriebenen deutschfeindlichen Stimmungsmache. Außerdem lag im April 1938 der Weltmarktpreis für Mais nicht niedriger als der jugoslawische.

Anleihe an Griechenland

Nach dem Bekanntwerden der Türkenverträge ließen die Briten auch bei den anderen Südostländern durchblicken, daß sie weiteren Anleihen nicht abgeneigt seien. Doch ist es nur noch im Falle Rumäniens und Griechenlands zum Abschluß von Kreditabkommen gekommen. Jugoslawien und Ungarn lehnten die britischen Angebote ab, mit Bulgarien verliefen die Verhandlungen ergebnislos⁴⁾. Griechenland erhielt Anfang Mai 1939 einen vom *Export Credits Guarantee Department* garantier-

⁴⁾ Bulgarien erhielt im August 1938 eine 5½ige Anleihe von Frankreich (*Banque de Paris et des Pays-Bas, Banque Lazare Frères & Cie. und Banque Dreyfuß & Cie.*) in Höhe von 375 Millionen Francs, die nur für Warenkäufe in Frankreich verwendet werden durfte.

Der Außenhandel Großbritanniens mit Südosteuropa

Land	Jahr	In 1.000 £			In v. H. der Gesamt- ein- bzw. -ausfuhr Großbritanniens	
		Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhr- (+) überschuß Großbritanniens	Einfuhr	Ausfuhr
Ungarn . . .	1933	1.427	278	- 1.149	0'2	0'1
	1934	1.351	500	- 851	0'2	0'1
	1935	1.796	436	- 1.360	0'3	0'1
	1936	2.152	414	- 1.738	0'3	0'1
	1937	2.365	501	- 1.864	0'2	0'1
	1938	2.388	593	- 1.795	0'3	0'1
Jugoslawien .	1933	586	600	+ 14	0'1	0'2
	1934	832	824	- 8	0'1	0'2
	1935	1.167	928	- 239	0'2	0'2
	1936	1.810	885	- 925	0'2	0'2
	1937	2.445	1.002	- 1.443	0'3	0'2
	1938	2.331	1.235	- 1.096	0'3	0'3
Rumänien . .	1933	4.103	2.385	- 1.718	0'7	0'6
	1934	3.340	2.679	- 661	0'5	0'7
	1935	3.165	1.213	- 1.952	0'5	0'3
	1936	6.188	1.120	- 5.068	0'8	0'3
	1937	4.438	1.814	- 2.624	0'5	0'3
	1938	3.773	1.343	- 2.430	0'4	0'3
Bulgarien . .	1933	68	268	+ 200	0'0	0'1
	1934	88	268	+ 180	0'0	0'1
	1935	369	199	- 170	0'1	0'0
	1936	806	212	- 594	0'1	0'0
	1937	1.034	268	- 766	0'1	0'1
	1938	496	321	- 175	0'1	0'1
Griechenland .	1933	2.200	1.958	- 242	0'4	0'5
	1934	2.047	2.682	+ 635	0'3	0'7
	1935	1.813	2.924	+ 1.111	0'3	0'7
	1936	1.857	3.322	+ 1.465	0'2	0'8
	1937	1.901	2.946	+ 1.045	0'2	0'6
	1938	1.861	3.752	+ 1.891	0'2	0'8
Türkei	1933	1.086	1.459	+ 373	0'2	0'4
	1934	868	1.172	+ 304	0'1	0'3
	1935	965	1.021	+ 56	0'1	0'2
	1936	1.276	948	- 328	0'2	0'2
	1937	1.588	1.543	- 45	0'2	0'3
	1938	936	2.476	+ 1.540	0'1	0'5
Südosteuropa	1933	9.470	6.948	- 2.522	1'5	1'9
	1934	8.526	8.125	- 401	1'3	2'1
	1935	9.275	6.721	- 2.554	1'3	1'6
	1936	14.089	6.901	- 7.188	1'8	1'6
	1937	13.771	8.074	- 5.697	1'4	1'5
	1938	11.785	9.720	- 2.065	1'4	2'1

ten, 20 Jahre laufenden Kredit von 2 Mill. £ (= 1·1 Milliarden Drachmen) zum Ankauf von Rüstungsmaterial, das im Zeitpunkt der Gewährung des Kredits bereits britischen Firmen in Auftrag gegeben und bis zum 31. Mai 1940 zu liefern war. Die Verhandlungen hatten sich sehr lange hingezogen, waren schließlich aber durch die italienische Besetzung Albaniens (April 1939) beschleunigt worden. Die vereinbarte Summe war unbedeutend; sie entsprach ungefähr dem zwölften Teil einer jährlichen griechischen Gesamteinfuhr (im Durchschnitt der vorangegangenen Jahre).

Bemühungen um Rumänien

Auch bei Rumänien dauerte es bis zum Abschluß des Kreditvertrages noch genau ein Jahr, obgleich die britisch-rumänischen Wirtschaftsbesprechungen seit Juni 1938 nicht mehr abrisen. Mitte Juni 1938 verhandelte der Vizepräsident des rumänischen Kronrates, der ehemalige Ministerpräsident *Tatarescu*, in London, und Anfang August

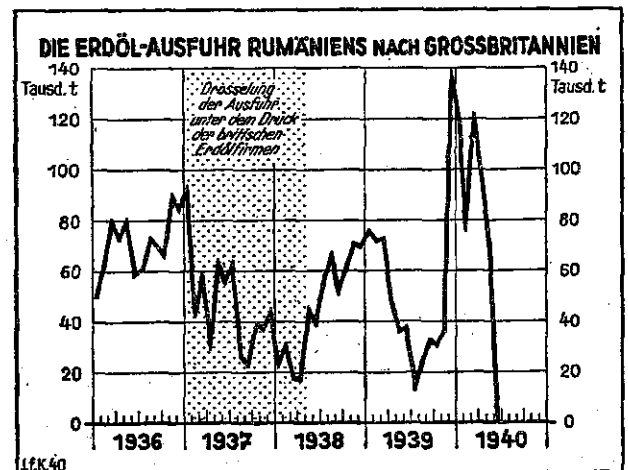
Der Außenhandel Südosteuropas mit Großbritannien

Land	Jahr	Einheit	Einfuhr aus	Einfuhr nach	Einfuhr(-) bzw. Ausfuhr(+)	
					überschuß im Verkehr mit	
Großbritannien						
Ungarn	1933	Mill. Pengö	13'6	31'3	+	17'7
	1934		18'3	30'7	+	12'4
	1935		21'4	37'9	+	16'5
	1936		22'2	44'0	+	21'8
	1937		25'4	42'4	+	17'0
	1938		25'7	42'2	+	16'5
	1939		23'6	31'2	+	7'6
Jugoslawien . .	1933	Mill. Dinar	280	90	-	190
	1934		331	180	-	151
	1935		373	212	-	161
	1936		347	432	+	85
	1937		409	465	+	56
	1938		431	485	+	54
	1939		242	367	+	125
Rumänien . . .	1933	Mill. Lei	1444	2182	+	738
	1934		2147	1368	-	779
	1935		1064	1615	+	551
	1936		929	3132	+	2203
	1937		1907	2783	+	876
	1938		1529	2386	+	857
	1939		1342	3768	+	2426
Bulgarien . . .	1933	Mill. Lewa	152	50	-	102
	1934		143	53	-	90
	1935		141	142	+	1
	1936		146	453	+	307
	1937		233	695	+	462
	1938		348	267	-	81
	1939		144	188	+	44
Griechenland .	1933	Mill. Drachmen	1209	973	-	236
	1934		1470	952	-	518
	1935		1658	897	-	761
	1936		1927	899	-	1028
	1937		1668	922	-	746
	1938		1926	843	-	1083
	1939		1479	1259	-	220
Türkei	1933	Mill. Ltq.	10'1	8'6	-	1'5
	1934		8'6	5'3	-	3'3
	1935		8'7	6'2	-	2'5
	1936		6'1	6'4	+	0'3
	1937		7'1	9'8	+	2'7
	1938		16'8	4'9	-	11'9
	1939		7'4	7'3	-	0'1

kam Sir Robert Lee als Vertreter des Board of Trade nach Bukarest. Während der Sudetenkrise im Herbst 1938 arbeiteten einige Mitglieder der Mission Runciman in der rumänischen Hauptstadt. Ende September 1938 verhandelte Robert Boothby als Direktor der Industrial Facilities Corp. Ltd., die für das Export Credits Guarantee Department in den Russenkredit, dem polnischen Westinghousekredit und den Türkenverträgen beteiligt war, in Genf mit rumänischen, jugoslawischen und bulgarischen Vertretern, und Mitte November 1938 begab sich König Carol zu einem Staatsbesuch nach London, wohin einige Tage vorher der Präsident des Obersten rumänischen Wirtschaftsrates Argetoianu abgereist war, um insbesondere die Fragen der Erdölwirtschaft mit den interessierten englischen Stellen zu erörtern. Anfang 1939 war Lord Sempill als Repräsentant der englischen Produktionsmittelindustrie in Bukarest, und im April 1939 begab sich — als Antwort auf den am 23. März 1939 zustande gekommenen deutsch-rumänischen Wirtschaftsvertrag (sogenannter Wohlthat-Vertrag) — unter Führung von Sir Frederic Leith-Ross die britische Wirtschaftskommission nach Rumänien,

die dann am 11. Mai 1939 den Handels- und Kreditvertrag zustande brachte.

Eine der Hauptschwierigkeiten bei den britisch-rumänischen Verhandlungen lag darin, daß die unter Führung der Astra Romana (Royal-Dutch-Shell-Gruppe) stehenden, mit britischem Kapital arbeitenden rumänischen Erdölgesellschaften eine Art „Privatkrieg“ gegen den rumänischen Staat führten, der einer Ausdehnung der gegenseitigen Handelsbeziehungen diametral entgegenlief. Die Politik der rumänischen Regierung ging dahin, die Einwirkungen des Auslandskapitals mit den Interessen der rumänischen Politik in Einklang zu bringen. Ihren Niederschlag fand diese Politik in der am 20. März 1937 vom Parlament angenommenen Berggesetznovelle. Die britisch-rumänischen Erdölgesellschaften beantworteten dieses Vorgehen der Regierung damit, daß die Stammfirmen in Großbritannien die britischen Erdölimporte aus Rumänien drosselten. So sanken die monatlichen Erdölausfuhren nach Großbritannien von ihrem Höchststand von 94.175 Tonnen im Januar 1937 auf einen tiefsten Stand von nur 17.050 Tonnen im April 1938. Da rund die Hälfte der rumänischen Gesamtausfuhr nach Großbritannien aus Erdöl bestand, bedeutete dies für die rumänische Devisenbilanz einen empfindlichen Ausfall, zumal diese



Ausfuhr die hauptsächlichste Quelle für Freidevisen bildete. Die Gesellschaften gaben der rumänischen Regierung zu verstehen, daß sie die Bezüge nur wieder erhöhen würden, wenn die Berggesetzgebung in ihrem Sinne revidiert würde. Die Gesellschaften verlangten ferner das Recht, einen Teil des Freidevisenerlöses ihrer Ausfuhren beliebig verwenden zu können. Der den Rumänen zufließende Devisenerlös sollte also — um den Preis einer Wiederausdehnung der Erdölbezüge — relativ vermindert werden; und dies angesichts der Tatsache, daß

daneben bereits ein Teil des Erlöses der rumänischen Ausfuhr nach Großbritannien vertraglich zum Zinsen- und Tilgungsdienst der britischen Altanleihen verwandt wurde.

Abgesehen von allen übrigen — z. B. devisentechnischen⁶⁾ — Schwierigkeiten, waren unter solchen Umständen einer Ausdehnung der rumänischen Käufe britischer Waren, die Rumänien allein aus den Erlösen seiner nach Großbritannien und anderen Freidevisenländern gerichteten Ausfuhr bezahlen konnte, sehr enge Grenzen gesetzt. Dem politisch propagierten Interesse der britischen Handelspolitik hätte es entsprochen, die Erdölgesellschaften zu einer Erhöhung der Erdölausfuhr bei gleichzeitigem — eventuell vorübergehendem — Verzicht auf die teilweise freie Verfügung über die Devisenerlöse zu bewegen. Ein solcher Verzicht hätte die Gesellschaften zur Reinvestition ihrer Gewinne in rumänische Anlagen veranlaßt, die Kaufkraft Rumäniens für britische Waren erhöht und gleichzeitig die nationalwirtschaftliche Unabhängigkeit Rumäniens selbst in dem von den Briten verstandenen deutschfeindlichen Sinne verstärkt. Die britische Handelspolitik hat jedoch — genau wie im Abessinienkonflikt — nicht nur keinen Versuch unternommen, sich gegen die Erdölinteressen durchzusetzen; sie hat sich im Gegenteil zum Instrument dieser Interessen gemacht. So wurde im April 1938 die rumänische Nationalbank genötigt, die Gesellschaften zu ermächtigen, eine Quote von 20 v. H. des Gesamtwertes der Erlöse an freien Devisen einzubehalten und beliebig für den eigenen Devisenbedarf zu verwenden. Diese Quote erhöhte sich bis zu 25 v. H., wenn die Ausfuhren gegenüber den Monaten der Drosselung um mindestens 10 v. H. erhöht wurden.

Grundsätzlich erklärten sich die Gesellschaften, die darauf ihre Bezüge ab Mai 1938 wieder auszudehnen begannen, mit der Regelung jedoch noch keineswegs zufrieden. Als Ergebnis der Verhandlungen *Tatarescus* und *Argetoianus* mußte die rumänische Regierung den britischen und nicht-britischen ausländischen Gesellschaften generell gestatten, bei Neugründungen oder Erweiterungen ihrer Unternehmungen bis zu 30 v. H. ihres Produktionswertes in Form von Zinsen, Dividenden, Amortisationen usw. nach dem Ausland zu über-

⁶⁾ Der rumänische Importeur war schon damals — und stärker noch in der Folgezeit — zum Teil auf den Erwerb sogenannter freihandelbarer Pfunde angewiesen, deren Leikurs von der Spekulation und von der Nachfrage aus Kapitalfluchtkreisen weit über die offizielle Notierung hinaus hochgetrieben wurde.

weisen, und im Abkommen vom 11. Mai 1939 wurde endgültig vereinbart, daß diese Quote von 30 v. H. ohne Genehmigung zur Bezahlung der zur Erdöl-erzeugung notwendigen Materialeinfuhren, ferner für Patente, Honorare, Dividenden, Reisespesen, Zinsen usw. verwandt werden durfte, und zwar nicht nur in England, sondern auch in jedem anderen Freidevisenland. Mit Genehmigung konnte die Quote auch für Kapitalanlagen im Ausland nutzbar gemacht werden, sofern diese Anlagen die rumänische Ausfuhr zu fördern geeignet waren. Mit diesen Abmachungen demonstrierte das britische Kapital seine Abneigung, sich — und sei es auch nur für eine Reihe von Jahren — in ähnlicher Weise mit dem Schicksal der wirtschaftlichen Entwicklung Rumäniens zu identifizieren, wie Deutschland dies im *Wohlthat-Vertrag* getan hatte. Und dennoch fand diese Demonstration einen hervorragenden Platz in einem Handelsvertrag, der von der britischen Propaganda als Muster des neuerwachten britischen Interesses für Südosteuropa hingestellt wurde.

Während dieses Tauziehen um den Transfer der privatkapitalistischen Rente noch im Gange war, veranlaßte die Sudetenkrise Großbritannien zu einem weiteren Großkauf. Anfang September 1938 schloß das britische *Board of Trade* mit der rumänischen Regierung einen Fakultativvertrag auf Übernahme von 400.000 Tonnen Weizen. (1937/38 hatte Großbritannien aus Rumänien nur rund 85.000 Tonnen Weizen eingeführt.) Der „Fakultativ“-Charakter dieses Vertrages bedeutete praktisch, daß die Briten nur dann zur Abnahme verpflichtet waren, wenn im Falle der Entwicklung der Sudetenkrise zu einem bewaffneten britischen Konflikt mit Deutschland die „Gefahr“ bestand, daß diese 400.000 Tonnen nach Deutschland gelangten. Tatsächlich nahm denn auch im November 1938 das britische *Food Defence Department* nur 200.000 Tonnen ab, da der Kriegsfall nicht eingetreten war.

Am 11. Mai 1939 wurde das bereits erwähnte britisch-rumänische Wirtschaftsabkommen unterzeichnet. Es war von vornherein als ein Gegenstoß gegen den *Wohlthat-Vertrag* vom März 1939 gedacht, wie weniger aus den konkreten Abmachungen, die viele rumänische Wünsche offen ließen, als vielmehr aus den Rahmenvereinbarungen zu entnehmen war. Deren Wert hätte sich erst dann realisiert, wenn die Briten mit einer großangelegten Beteiligung an der Erschließung Rumäniens Ernst gemacht hätten. Sie verlangten und erhielten nämlich die gleichen Freihafenrechte an der Donau und am

Schwarzen Meer zugesichert, die im *Wohlthatsvertrag* Deutschland zugestanden worden waren, und in einer sehr weit gefaßten Meistbegünstigungsklausel wurde ausgesprochen, daß jede Begünstigung und jedes Privileg, welches Rumänien irgendeinem Lande zur Hebung seines Handelsverkehrs mit ihm künftig gewährte, auch Großbritannien gewährt werden müsse. Die erwähnten Zugeständnisse an die Erdölfirmer wurden insofern ergänzt, als das Meistbegünstigungsprinzip auch auf die Mutungs- und Bohrrechte ausgedehnt und die rumänische Regierung zur Verabschiedung eines Gesetzes verpflichtet wurde, das geeignet sein mußte, „einen neuen Aufschwung der rumänischen Erdöl-erzeugung zu ermöglichen“. Der nach dem Muster der Türkenverträge verabredete Warenkredit wurde ursprünglich auf 5 Mill. £, später auf 5,5 Mill. £ (= 3,6 Milliarden Lei)⁶⁾ festgesetzt, wovon 1,88 Milliarden Lei für Rüstungszwecke, der Rest für öffentliche Anlagen und Straßenbauten bestimmt waren. Die britischen Lieferanten sollten mit 5% igen rumänischen Schatzanweisungen bezahlt werden, deren Verzinsung und (über 20 Jahre laufende) Tilgung vom *Exports Credits Guarantee Department* garantiert wurde. Im übrigen sagten die Briten erhöhte Käufe rumänischer Waren zu. Aus der neuen Ernte sollten sie, „sofern zu Weltmarktpreisen erhältlich“, wiederum 200.000 Tonnen Weizen kaufen.

Der Londoner *Economist* kommentierte das Abkommen am 20. Mai 1939 (S. 420) treffend mit den Worten: „Als übliches Friedensabkommen ist es großzügig. Aber wenn auch die normalen handelspolitischen Erwägungen nicht gänzlich außer Ansatz gelassen werden sollen, so wurde doch nie behauptet, daß es sich bei der Entsendung der britischen Handelskommission bzw. beim Abschluß des Abkommens um eine übliche Friedensangelegenheit ohne politischen Inhalt gehandelt hätte. Sieht man das Abkommen aber als die eherne Grundlage für eine *Grande Alliance* an, so läßt sich sein Wert schwerlich erkennen. Die Anleihe ist klein — wesentlich kleiner als die der Türkei gegebene —, und sie kann ohne Steigerung der rumänischen Ausfuhr nicht zurückgezahlt werden; das Versprechen aber, 200.000 Tonnen Weizen zu Weltmarktpreisen zu kaufen, besitzt einen fragwürdigen Wert, denn man kann rumänischen Weizen nie zu Weltmarktpreisen kaufen, solange die rumänische Regierung den Unterschied nicht daraufzahlt.“ Daß die Anleihe unzureichend war, leuchtet ohne weiteres ein,

⁶⁾ Bei einem amtlichen Londoner Kurs von 660 Lei für 1 £.

wenn man sich vergegenwärtigt, daß die durchschnittliche rumänische Gesamteinfuhr der Jahre 1937 bis 1939 rund 206 Milliarden Lei betrug, die britische Anleihe also nur den Gegenwert eines Sechstels einer rumänischen Jahreseinfuhr repräsentierte. Da der drei Monate später ausbrechende Krieg die britische Stellung gegenüber den Südostländern wesentlich veränderte, ist eine Bewährungsprobe des Abkommens nicht zustande gekommen.

Wirtschafts- und Kulturpropaganda

Von den geschilderten handels- und finanzpolitischen Aktionen abgesehen, sind während der zweiten Phase weitere ins Gewicht fallende Offensivmaßnahmen wirtschaftlicher Art nicht erfolgt. Die „Offensive“ beschränkte sich im übrigen auf die Einrichtung bzw. Erweiterung von Institutionen, die den Handel allgemein fördern sollten, auf die Entsendung von wirtschaftlichen Studienkommissionen nach dem Südosten und auf den Einsatz von wirtschafts- und kulturpropagandistischen Mitteln. Die britische Regierung verstärkte den wirtschaftspolitischen Stab ihrer diplomatischen Vertretungen in den Südostländern und legte den Südostregierungen nahe, das gleiche bei ihren Londoner Missionen zu tun. Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang auch die Gründung einer englisch-südslawischen Handelskammer in Agram (Zagreb), die am 27. Oktober 1938 eröffnet wurde, und die Organisation eines britisch-rumänischen Austausches junger Kaufleute. Neben dem Strom britischer Ingenieure und Sachverständiger, der sich in die türkischen Bergbau- und Schwerindustriegebiete ergoß, sowie der britischen Südslawien-Enquête, die unter Führung des Vertrauensmannes der Londoner Handelskammer, *W. V. Stevens*, stand, verdient vor allem die Arbeit des *Royal Institute of International Affairs* Beachtung, die im April 1939 als Spezialmemorandum in Buchform erschien⁷⁾. Auch diese maßvoll urteilende Arbeit konnte den Eindruck nicht verwischen, der sich — mit Ausnahme der praktischen Initiative in der Türkei — bei allen diesen „Studienreisen“ dem unbefangenen Beurteiler aufdrängte: daß sie nämlich wesentlich stärker im Solde einer das deutsche Vorgehen beobachtenden Wirtschaftsspionage als im Dienst einer konstruktiven britischen Wirtschaftsinitiative standen. Die gleiche Haltung kennzeichnet im übrigen auch die im Früh-

⁷⁾ *South-Eastern Europe. A Political and Economic Survey by the Royal Institute of International Affairs. Special Memorandum No. 48, London 1939.*

jahr 1938 auf breiter Grundlage begonnene Wirtschaftspropaganda, deren Argumente wesentlich stärker antideutsch als probritisch waren und die, während sie die auf Verrechnungsverkehr und Gegenseitigkeitsprinzip aufgebauten deutschen Handelsmethoden verdammt, kaum jemals ernsthaft eine systematische Absatzwerbung für britische Waren betrieben hat. Ihre Mittel (vor allem halbpolitische Wirtschaftsliteratur, Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunkmeldungen in den Landessprachen) wurden hauptsächlich von London aus eingesetzt. Der in den Südostländern an Ort und Stelle ausgeübte Einfluß, der organisatorisch in den Händen des *British Council* lag, hatte mehr kulturpropagandistischen Charakter.

Der Mißerfolg der zweiten Phase

Das Ziel, das der „Offensive“ gesteckt war, hat sie auch in dieser zweiten Phase nicht erreicht. Ihre Aufgabe sollte es *ex officio* sein, den deutschen Einfluß in Südosteuropa zurückzudrängen. Sie sollte nicht nur verhindern, daß sich der deutsch-südosteuropäische Handel weiter ausdehnte, sondern auch dafür sorgen, daß er sich zugunsten einer entsprechenden Erweiterung des britischen verringerte. Beides mißlang. Der großdeutsche Anteil an der Gesamtausfuhr von Südosteuropa (Bulgarien, Griechenland, Jugoslawien, Rumänien, Ungarn, Türkei) stieg in den drei Jahren von 1937 bis 1939 von 26·1 v. H. auf 40·2 v. H., während in der gleichen Zeit der britische Anteil von 8·8 v. H. auf 8·4 v. H. zurückging. Ebenso stieg der großdeutsche Anteil an der südosteuropäischen Gesamteinfuhr von 32·6 v. H. im Jahre 1937 auf 45·6 v. H. im Jahre 1939, während in derselben Zeit der britische Anteil von 7·8 auf 6·2 v. H. sank. Die Ziffern für die einzelnen Länder weichen von diesen Globalziffern nur geringfügig ab; in keinem Fall wird die Tendenz der unbehinderten Zunahme der deutschen Anteile durchbrochen. Die Zahlenübersicht läßt vor allem auch erkennen, daß der britische Anteil an der Gesamteinfuhr der einzelnen Südostländer im Jahre 1939 zurückgeht, obgleich die Abschnürung des seewärtigen deutschen Südosthandels die britischen Möglichkeiten auf den Südostmärkten in den Kriegsmonaten des Jahres 1939 zweifellos verbesserte.

Dritte Phase: Blockade mit wirtschaftlichen Kampfmitteln

Die dritte Phase reicht vom Kriegsausbruch bis zum Zusammenbruch Frankreichs und dem Eintritt Italiens in den Krieg im Juni 1940. In ihr trat die britische „Offensive“ unter den neuen ein-

heitlichen Aspekt der Störung der Versorgung Deutschlands mit kriegswichtigen Gütern. Mit den Mitteln der militärischen Blockade konnten die Briten dieses Ziel im Falle Südosteuropas nur sehr beschränkt erreichen. Zwar hatte sich vor dem Krieg ein beträchtlicher Teil der deutschen Einfuhr aus dem Südosten durch die Straße von Gibraltar und über die deutschen Nordsee- und Rheinhäfen abgewickelt, doch blieben die Landwege, die Donauschiffahrtsstraße, das Schwarze Meer und die Adria während der ganzen Phase dem britischen Zugriff entzogen, so daß auf sie — abgesehen von den Verkehrsstockungen des ungewöhnlich harten Winters — mindestens der kriegswirtschaftlich wichtige Teil der bisher seegängigen Einfuhr verlagert werden konnte. Der deutsch-türkische Güteraus-tausch war diesen Verkehrsstörungen am stärksten ausgesetzt. Weniger schon wurde der deutsch-griechische Güterverkehr in Mitleidenschaft gezogen. Mit den übrigen Südostländern spielte sich der erhöhte Güterverkehr zu Lande rascher ein, als allgemein erwartet wurde. So konnten zum Beispiel die bei Kriegsausbruch durch die britische Seeblockade lahmgelegten Bauxitlieferungen der dalmatinischen Gruben bereits im November 1939 auf dem Eisenbahnwege in vollem Umfang wieder aufgenommen werden.

Bereits im Spätherbst 1939 stellte sich eindeutig heraus, daß die Aufrechterhaltung der deutschen Versorgung aus dem Südosten nur noch eine Frage der Kosten, aber kein grundsätzliches Problem mehr war. Die Forderung nach dem Einsatz zusätzlicher wirtschaftlicher Kampfmittel wurde infolgedessen in London immer dringlicher gestellt. „Der Wirtschaftskrieg“, so schrieb die *Financial News* am 18. November 1939, „heißt mehr als nur Blockade. Vor allem muß der deutsche Handel mit den an Deutschland angrenzenden Ländern erstickt werden. Das ist zwar nicht durch die Seekriegsführung, aber durch eine energische wirtschaftliche Initiative in den betreffenden Staaten zu erreichen. Wir müssen uns so nachdrücklich um die Erzeugnisse dieser Länder bemühen, daß die Deutschen gezwungen werden, immer höhere Preise für ihre Einfuhr zu bezahlen und wir müssen unsere Ausfuhrwaren so billig anbieten, daß die Deutschen Forderungen zur Bezahlung ihrer Einfuhr entweder überhaupt nicht oder nur mit Hilfe eines immensen sachlichen Ausfuhraufwandes erwerben können.“

Das Zitat unterscheidet zwei Methoden des wirtschaftlichen Kampfes, die die Briten anzuwenden beabsichtigten. Die erste, „direkte“ Methode

sollte die Ausfuhr kriegswichtiger Waren aus den Südostländern durch Hochtreiben der Preise und durch „Trutzkäufe“ unmittelbar verhindern; die zweite, „indirekte“ Methode sollte durch ein großzügiges Export-Dumping versuchen, die deutsche Ware aus dem Südosten zu verdrängen, so daß es Deutschland immer stärker an Gegenwerten zur Bezahlung seiner Einfuhren gefehlt hätte.

Dumping-Pläne

Weder Großbritannien noch sein Bundesgenosse Frankreich sind während des ganzen Zeitraumes zur Anwendung dieser zweiten Methode gelangt. Die Hauptursache dafür war die Lieferunfähigkeit der britischen und französischen Ausfuhrindustrien, deren ungünstige Auswirkungen sich am heftigsten in dem Südostland zeigten, das sich politisch und wirtschaftspolitisch am stärksten den Westmächten angenähert hatte: in der Türkei. Noch heute leidet die türkische Volkswirtschaft unter dem Mangel an Industriewaren, insbesondere an früher von Deutschland gelieferten technischen Ersatzteilen, deren Lieferung Großbritannien versprach, aber nicht ausführte oder nicht ausführen konnte, u. a. weil die britische Industrie die Anpassung ihrer Ausfuhrartikel an die deutsche Industrienormung nicht bewältigte. Unter diesen Umständen waren vom Standpunkt einer erfolgreichen Führung des Wirtschaftskrieges auch die im Januar 1940 in einem britisch-französisch-türkischen Dreierabkommen an die Türkei gewährten riesigen Rüstungskredite (25 Mill. £), Barkredite (15 Mill. £) und Clearingausgleichskredite (4 Mill. £) kein Fortschritt, hingen doch gerade diese Kredite, die ausdrücklich auf den Ersatz des deutschen Partners durch Großbritannien und Frankreich abgestellt waren, von der Liefer- und Leistungsfähigkeit der britischen und französischen Industrie entscheidend ab.

Neben diesem Hemmnis der Lieferunfähigkeit kam auch eine großzügige Subsidierung der britischen Ausfuhr als Voraussetzung eines wirksamen Preisdumpings nicht in Gang, während andererseits die Frachtraten und Seeverversicherungsprämien stiegen. Sehr hemmend wirkte schließlich auch die Schwäche der britischen Industrieorganisation, deren Mängel unter dem Ausfuhrbewilligungssystem in krassen organisatorischen Unzulänglichkeiten des *Export Licensing Department* zutage traten. Aus allen diesen Gründen ist es in keinem Abschnitt der dritten Phase zu einem ernstzunehmenden britischen Wettbewerb mit Deutschland gekommen. Die

deutsche Lieferfähigkeit blieb trotz rüstungswirtschaftlicher Höchstbeanspruchung weitgehend erhalten, wobei dem Südostexport zugutekam, daß in der deutschen Ausfuhrindustrie durch den zusammenschumpfenden Überseeabsatz Kapazitäten frei wurden. Unter solchen Umständen verlief auch die britische Propaganda im Sande, die nach einer ausgedehnten Reise von *Lord Lloyd of Hallobran*, dem Vorsitzenden des *British Council*, im November 1939 verstärkt einsetzte.

Zu praktischem Einsatz ist nur die erste Kampfmethode gelangt. Hier suchten die Briten ihr Ziel, die deutsche Einfuhr aus Südosteuropa unmittelbar zu unterbinden, auf dreierlei Weise zu erreichen: einmal dadurch, daß sie Verkehrsmittel in ihren Besitz brachten und damit deren Benutzung für nach Deutschland gerichtete Frachten ausschalteten; zum anderen durch Sperrung von Lieferungen nach Deutschland in den Fällen, in denen britisches und französisches Kapital die Erzeugung der betreffenden Güter kontrollierte, schließlich durch „Trutz-“ oder „Schattenkäufe“ von für Deutschland bestimmten südosteuropäischen Ausfuhrüberschüssen bzw. durch das Hochtreiben der Preise für solche Überschüsse.

Monopolisierungsversuche im Verkehrssektor

Von Fällen der ersten Art sind nur zwei bekannt geworden. Die britischen Erdölfirmen in Rumänien haben sofort bei Kriegsausbruch alle erreichbaren Zisternenwagen für den Öltransport zu Lande zu mieten gesucht, um ihre Verwendung im Erdölfrachtverkehr nach Deutschland zu verhindern. Da es sich nur um eine kleine Anzahl von Wagen handelte, waren die Wirkungen geringfügig. Im anderen Fall handelte es sich um Donautanker und Schlepper. Britische und französische Schiffahrtsgesellschaften mieteten zu einem um mehrere 100% erhöhten Mietpreis einen Teil der auf der unteren Donau verfügbaren rumänischen und griechischen Fahrzeuge, zogen sie aus dem Verkehr und verankerten sie unbenutzt an der Donaumündung. Gleichzeitig versuchten sie, sämtliche rumänische Donaulotsen anzuheuern. Nach dem Zusammenbruch des französischen Widerstandes und dem wirtschaftlichen Rückzug Großbritanniens aus Rumänien sind beide Aktionen unter Einwirkung der rumänischen Regierung im wesentlichen wieder rückgängig gemacht worden. Die Lotsenfrage hatte die rumänische Regierung schon im Herbst 1939 durch Verpflichtung der Lotsen zum rumänischen Militärdienst gelöst.

Lieferungsabotage der Betriebe unter britischer Kontrolle

Auf die zweite Art versuchten die Briten, die deutschen Bezüge von Blei, Zink und Kupfer aus Jugoslawien und von Erdöl aus Rumänien abzuschneiden. Die von britischem Kapital (*Selection Trust*) kontrollierten Blei- und Zinkbergwerke der *Trepča Mines Ltd.*, die im Frieden jährlich rund zwei Fünftel ihrer Erzeugung nach Deutschland exportiert hatten, stellten nach Kriegsausbruch ihre Lieferungen nach Deutschland ein. Die mit französischem Kapital betriebenen Kupferbergwerke in Bor (*Mines de Bor*), die jährlich rund 8.000 Tonnen Rohkupfer nach Deutschland lieferten (vgl. Zahlenübersicht), schlossen sich dem britischen Vorgehen an. Den Vorstellungen, die Deutschland daraufhin bei der jugoslawischen Regierung unter Hinweis auf seine Lieferungen erhob, konnte sich diese nicht verschließen. Im November 1939 errichtete sie ein „Kommissariat für Erze und Metalle“ bei der Inspektion für Landesverteidigung als Sonderbehörde unter der gleichzeitigen Aufsicht von Bergbau- und Kriegsministerium und verpflichtete die beiden Gesellschaften, zunächst bis Ende Juni 1940 einen Teil ihrer Erzeugung zu Weltmarktpreisen an das Kommissariat zu liefern, das seinerseits aus diesen Lieferungen die Ausfuhr nach Deutschland bestritt. Aus ähnlichen Erwägungen heraus errichtete die rumänische Regierung am 17. Januar 1940 ein Generalkommissariat für Erdöl beim rumänischen Wirtschaftsministerium, dessen Vollmachten sich nicht nur auf die Kontrolle der Erzeugung und die Festlegung der länderweisen Verteilung der Ausfuhr, sondern auch auf die Regelung von Einlagerung und Transport von Erdöl bezogen.

Bei diesen Regelungen ist es bis zum gänzlichen Zusammenbruch der britischen Wirtschaftsfront im Südosten geblieben. Als am 23. April 1940 der liberale Abgeordnete *Mander* im englischen Unterhaus die Frage stellte, ob die Regierung Zusicherungen geben könne, daß geeignete Schritte unternommen würden, um Deutschland von der Erzeinfuhr aus Südosteuropa völlig abzuschneiden, antwortete ihm Staatssekretär *Butler*, die Regierung sei sich der Wichtigkeit dieser Frage vollständig bewußt, doch könne er unter den gegenwärtig bestehenden Verhältnissen derart weitgehende Zusicherungen nicht geben. Ende Mai hat die britische Leitung der *Trepča*-Bergwerke Jugoslawien verlassen, und am 31. Juli verfügte die Regierung in Belgrad die Staatskontrolle über die Betriebe von *Trepča* und *Bor*. Ende Juli setzte das rumänische

Generalkommissariat für Erdöl bei der *Astra Romana*, der größten der britischen Gesellschaften, einen Regierungskommissar zur Kontrolle der gesamten Geschäftstätigkeit des Unternehmens ein und Anfang August forderte das rumänische Innenministerium die Firma auf, 70 ihrer britischen Ingenieure zu entlassen. In der amtlichen rumänischen Erdölausfuhrstatistik für den Monat Juni wird Großbritannien nicht mehr aufgeführt.

„Trutzkäufe“

Zu einem planmäßigen Ankauf von kriegswichtigen südosteuropäischen Ausfuhrsgütern durch die Briten, der die regelmäßigen Lieferungen nach Deutschland gestört oder geschmälert hätte, ist es während des ganzen Zeitraumes nicht gekommen. Einzelne „spontane Trutzkäufe“ kleineren Umfangs mögen vorgekommen sein, doch sind sie gänzlich unbedeutend gewesen. Als im September und Oktober 1939 die Vereinigten Staaten von Amerika ihre Tabakkäufe in Griechenland ruckartig weit über das übliche Maß hinaus erhöhten (3.952 Tonnen im September und Oktober 1939 gegen nur 880 Tonnen im gleichen Zeitraum von 1938) und infolge dieser Käufe in einem Monat (November 1939) über 50 v. H. der griechischen Gesamtausfuhr bestritten, hat man vermutet, daß diese Zusatzkäufe bzw. Voreindeckungen auf britische Anregung hin erfolgten. Das gleiche nahm man an, als sich die Regierung der Vereinigten Staaten im Herbst 1939 bereit erklärte, 1939/40 50.000 Tonnen türkisches Chromerz abzunehmen und als Kriegsreserve einzulagern. Nach langem Hin und Her kamen schließlich auch gegen Ende 1939 größere britische Käufe türkischen Tabaks zustande. Diese Fälle sind jedoch insofern nicht charakteristisch, als gerade bei Griechenland und der Türkei, denen gegenüber die Seeblockade wirksamer als gegenüber jedem anderen Südostland war und die ohnehin eine gewisse wirtschaftspolitische Annäherung an die Westmächte gesucht hatten, die Notwendigkeit besonderer „Trutzkäufe“ am wenigsten bestand. Die Initiative dürfte in diesen Fällen bei den durch den Ausfall des deutschen Abnehmers betroffenen Verkäufern gelegen haben. Als „Trutzkäufe“ sind lediglich die geschilderten Bemühungen der Firma *Trepča Mines Ltd.* und *Mines de Bor* und der in Rumänien arbeitenden britischen und französischen Erdölgesellschaften insofern anzusehen, als die Firmen vor Einsetzung der staatlichen Kommissariate ihre Erzeugung restlos nach Großbritannien auszuführen trachteten und sich weigerten, an Deutschland zu

verkaufen. Kriegswirtschaftlich ins Gewicht fallende Steigerungen der Ausfuhr nach Großbritannien sind nur für rumänisches Erdöl und rumänischen Weizen beobachtet worden, doch kann man in beiden Fällen nicht behaupten, daß diese Käufe über das Ausmaß eines im Kriegsfall an sich zu erwartenden konjunkturellen Anstiegs hinausgegangen wären. Die rumänische Weizenausfuhr nach Großbritannien im Kriegslandwirtschaftsjahr 1939/40 überstieg, wie aus der folgenden Übersicht hervorgeht, wesentlich den Umfang der Jahre 1936/37 und 1937/38, doch lag sie mit nur 270.700 Tonnen noch um 68 v. H. niedriger als die Ausfuhr des Jahres 1938/39 mit 397.600 Tonnen.

Die rumänische Weizenausfuhr nach Großbritannien
in t

Monat	1936/37	1937/38	1938/39	1939/40
Juli	1.475	5.751	—	24.373
August	56.767	20.089	1.831	—
September	38.836	13.951	3.511	—
Oktober	63.798	34.874	17.892	15.526
November	7.619	10.256	119.019	56.296
Dezember	2.104	—	58.738	53.114
Januar	2.008	300	78.349	19.912
Februar	1.000	—	38.074	10.485
März	—	—	34.031	28.094
April	4.279	—	4.409	45.479*)
Mai	6.839	—	10.663	7.950*)
Juni	—	—	31.112	9.449*)
Juli/Juni	184.725	85.221	397.629	270.678

*) Einschl. unerheblicher Mengen anderer Getreidesorten.

Das gleiche gilt für die britischen Erdölbezüge, die sich — wie aus der folgenden Übersicht und aus dem Schaubild hervorgeht — bis Mai 1940 auf beachtlicher Höhe gehalten haben, im Juni dagegen mit einem Schlag aufhörten.

Die rumänische Erdölausfuhr nach Großbritannien
in t

Monat	1936	1937	1938	1939	1940
Januar	49.172	94.175	21.900	76.647	118.912
Februar	62.705	42.333	31.450	71.782	75.536
März	30.954	59.945	17.295	72.815	122.484
April	72.081	28.363	17.050	47.498	96.172
Mai	81.255	65.089	46.061	35.995	68.988
Juni	57.484	55.027	38.055	38.453	—
Juli	60.534	64.318	54.454	12.609	—
August	73.853	26.207	67.524	23.467	—
September	69.463	22.424	50.372	32.974	—
Oktober	64.817	39.696	61.816	29.772	—
November	90.779	36.416	70.735	36.785	—
Dezember	83.178	45.693	69.112	139.868	—
Januar/Dezember	846.274	580.185	540.428	618.657	—

Bei Beurteilung der Ziffern muß noch beachtet werden, daß auch die britisch-französischen Besitzungen und Einflußgebiete rund um das Mittelmeer (Syrien, Palästina, Ägypten, Cyprien, Malta, Marokko, Tunis, Algerien) ihre Erdölkäufe zum Teil sehr wesentlich erhöhten. Mit Hilfe dieser Käufe haben die Briten auch in diesem einzigen Falle einmal die von der *Financial News* empfohlene Methode angewandt, die deutsche Käuferstellung durch das Hochtreiben der Preise zu schwächen.

Hiergegen erließ die rumänische Regierung im April 1940 eine Verordnung, in der sie die Ausfuhrpreise für rumänische Erdölprodukte einheitlich festsetzte und für den Fall, daß ein Exporteur mehr als den amtlich festgesetzten Preis erzielte, die Bestimmung traf, daß er dann 80 v. H. des Mehrerlöses als Ausfuhrsondersteuer an die Staatskasse abzuliefern habe und nur 20 v. H. für sich behalten dürfe. Damit versuchte die rumänische Regierung, der aus Preisgründen drohenden einseitigen Bevorzugung bestimmter Märkte zum Schaden anderer Bezugsländer einen Riegel vorzuschieben. Weder durch die Erhöhung der britischen Bezüge, noch durch diese Preismanipulationen hat Deutschland irgendwelche Einbußen erlitten. Es hat seit Ausbruch des Krieges Monat für Monat diejenigen Mengen Erdöl aus Rumänien beziehen können, die sich unter voller Ausnutzung aller verfügbaren Verkehrsmittel heranschaffen ließen.

Die „United Kingdom Commercial Corporation Ltd.“

Daß die Briten die Methode der „Trutzkäufe“ nicht energischer und systematischer betrieben haben, dürfte neben den noch zu erörternden allgemeinen Gründen an taktischen Beurteilungsfehlern gelegen haben. Nachdem im November die allgemeine Handels- und Verkehrsstockung der beiden ersten Kriegsmonate überwunden war, schien es, als ob man in London mit dem Vorhaben Ernst machen wollte. Als sich dann aber durch den ungewöhnlich harten Winter die Frage der deutschen Versorgung aus dem Südosten auf die Lösung des Verkehrsproblems reduzierte, beruhigte man sich offenbar mit dem Gedanken, daß zunächst der Wettergott und die übrigen kriegsbedingten Verkehrskalamitäten das Notwendige besorgen würden. Erst Anfang April trafen die Chefs der britischen diplomatischen Missionen aus Südosteuropa in London ein, um die erforderlichen Maßnahmen mit Wirtschafts- und Regierungskreisen zu besprechen. Die Frucht dieser Erörterungen war die am 15. April mit einem Gesellschaftskapital von 500.000 £ gegründete *United Kingdom Commercial Corporation Ltd.*, die vornehmlich auf dem Gebiete der „Trutzkäufe“ eingesetzt werden sollte, bekanntlich aber ihre Tätigkeit angesichts der auf die deutsche Offensive vom 10. Mai folgenden weltpolitischen Veränderungen gar nicht aufgenommen hat.

Südostblockade gescheitert

Am Ende der dritten blockadepolitischen Phase der britischen Wirtschaftsoffensive in Südosteuropa steht somit ein vollständiger Zusammenbruch aller

Kampfmaßnahmen und ein fast völliger Abbruch aller Handelsbeziehungen. Soweit von den beteiligten Ländern noch Außenhandelsstatistiken veröffentlicht werden, liegen diese nur bis zum Juni d. J. vor. Sie lassen also die weitere Abschnürung Großbritanniens vom Balkanraum durch die italienischen See- und Luftstreitkräfte nicht erkennen. Die Einfuhr der sechs Südostländer aus Großbritannien ist seit Kriegsausbruch der Menge nach unaufhaltsam zurückgegangen und dürfte heute in Ungarn, Rumänien, Jugoslawien und Bulgarien ganz zum Stillstand gekommen sein. Nur in der Türkei stieg die Ausfuhr nach Großbritannien in den ersten beiden Quartalen von 1940. Die griechische Ausfuhr war gegenüber dem ersten Halbjahr 1939 sogar um 10 v. H. niedriger und die jugoslawische ist seit Anfang 1940 noch stärker gesunken, weil nach einer politischen Vereinbarung von Anfang Januar Frankreich den jugoslawischen, Großbritannien den rumänischen Markt stärker betreuten. In der Zeit von Januar bis Juni 1939 kaufte Großbritannien in Jugoslawien Waren im Werte von 152,1 Millionen Dinar und nahm damit mit 6 v. H. an der jugoslawischen Gesamtausfuhr teil; im Zeitraum Januar bis Juni 1940 nahm es für nur 103 Milliarden Dinar ab, und sein Anteil an der Gesamtausfuhr sank auf 3,4 v. H. Der britische Rumänienhandel kam — wie schon erwähnt — im Juni nahezu völlig zum Erliegen; selbst für den Fall, daß einzelne Geschäfte noch — im türkischen Transit oder mit anderen Mitteln — zustande kommen sollten, bedeutet die vollständige Einstellung der Getreide- und Erdöllieferungen (zusammen zwei Drittel der Gesamtausfuhr nach Großbritannien im Durchschnitt der Jahre 1936 bis 1939 praktisch das Ende der Tauschbeziehungen. Bulgarien und Ungarn schließlich haben schon in den letzten Monaten kaum noch irgendwie nennenswerte Mengen von Waren nach Großbritannien ausgeführt.

Die wirtschaftliche Logik des Zusammenbruchs

Der Zusammenbruch der britischen Wirtschaftsoffensive ist in seiner letzten Phase die zwingende Folge der militärischen Niederlage Frankreichs und des Eintritts Italiens in den Krieg gewesen. Die „Wirtschaftsfront“ der Alliierten im Südosten löste sich von selbst auf. Das Herausfallen der Franzosen aus dieser Front riß Lücken, die sich schlechterdings nicht mehr schließen ließen, und die italienischen See- und Luftstreitkräfte versperrten seit dem 11. Juni die Handelswege des Mittelmeeres in einem Grade, der einen nennenswerten Güterverkehr zwischen Südosteuropa und allen westlich von

Gibraltar gelegenen britischen Gebieten nicht mehr zustande kommen ließ.

Dennoch ist es notwendig festzuhalten, daß diese Abschnürung der britisch-südosteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen mit militärischen Mitteln nur der Schlußstein einer zwangsläufigen Entwicklung ist. Dem Zusammenbruch wohnt neben der militärischen und politischen auch eine wirtschaftliche Logik inne, die sich eindeutig aus der Fragwürdigkeit der elementaren wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen dauerhaften Handelsverkehr zwischen Großbritannien und den einzelnen Südostländern erklärt.

Diese Fragwürdigkeit ist primär mit dem Fehlen einer güterwirtschaftlichen Interessensprechung zwischen Großbritannien und Südosteuropa zu begründen. Großbritannien benötigt den südosteuropäischen Raum weder zur Sicherung seiner Rohstoff- und Nahrungsmittelversorgung, noch als Absatzmarkt für seine Industrieerzeugnisse, und die Südostländer können weder einen leichten Zugang für ihre Erzeugnisse zum britischen Markt finden, noch britische Produkte in größerem Umfang regelmäßig aufnehmen.

Nicht weniger fragwürdig ist jedoch auch die wirtschaftspsychologische Grundlage der britisch-südosteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen. Unter dem Eindruck der schlechten Erfahrungen, die die Südostländer vor und während der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 mit den Auslandsanleihen, dem ausländischen Industriekapital und der Weltmarktabhängigkeit ihrer Ausfuhr gemacht hatten, haben die wirtschaftspolitischen Ziele der Südostvölker seit dem Scheitern der Agrarkonferenzen von Bukarest, Sinaja und Belgrad im Jahre 1930 und seit dem Zusammenbruch der französischen Donauraumpläne im Sommer 1932 Formen erhalten, die der britischen Wirtschafts-ideologie in jeder Beziehung zuwiderliefen. Alle Südostländer haben in den letzten sieben Jahren versucht, die relative Bedeutung des Außenhandelssektors für ihre gesamte Volkswirtschaft durch Industrialisierung, Verkehrserschließung und Intensivierung der Landwirtschaft zu verringern. Sie suchten einen kräftigen Binnenmarkt zu schaffen, einen großen Teil der Industriewareneinfuhr entbehrlich zu machen und dadurch das Kardinalproblem ihrer Volkswirtschaften, die agrarische Übervölkerung, zu beseitigen. Charakteristisch war, daß sie diese Entwicklung unter keinen Umständen mit einer Neuverschuldung an das Ausland erkaufen wollten, und zwar weder in Form einer öffentlichen Verschuldung, noch um

den Preis privatkapitalistischer Überfremdung der Erzeugung. Ferner trachteten sie danach, ihre Weltmarktabhängigkeit auch insoweit einzudämmen, als sie auf die strukturelle Einseitigkeit ihrer Ausfuhr zurückzuführen war. Dies wurde auf dem Wege einer allmählichen Ersetzung der Monokulturen durch eine wesentlich mannigfaltigere Ausfuherzeugung erstrebt.

Für die mit einem solchen wirtschaftspolitischen Programm an ihre Weiterentwicklung herantretenden Südostländer war der Übergang zum Bilateralismus unter Anlehnung an die bereits hochentwickelte deutsche Volkswirtschaft das Gegebene. Der Bilateralismus der Südostländer verknüpfte die Ausfuhr unmittelbar mit der Einfuhr und interessierte den erschließungswirtschaftlich erfahrenen deutschen Partner zwangsläufig an der gesamten volkswirtschaftlichen Entwicklung, da jedes Wachstum der produktiven Kräfte und jede Erhöhung des Lebensstandards auch die deutschen Bezugs- und Absatzaussichten unmittelbar steigerte.

Der südosteuropäische Handelsverkehr mit Großbritannien wickelte sich im Gegensatz dazu im privaten Stil der liberal-kapitalistischen Weltmarktwirtschaft ab. Hier gingen Ausfuhr und Einfuhr organisatorisch völlig getrennte Wege; infolgedessen gelang es den Südostländern auch nicht, die britische Außenhandelswirtschaft geschlossen an der Entwicklung ihrer Volkswirtschaften zu „interessieren“. Als die Wirtschaftsoffensive einsetzte, entsprachen die Weltmarktinteressen der britischen Kapitalbesitzer weder den Interessen der südosteuropäischen Länder, noch stimmten sie mit den Absichten der die „Offensive“ betreibenden Handelspolitik der britischen Regierung überein. Die britische Industrie und der Empirehandel waren gegen die wirtschaftliche Südorientierung der britischen Außenpolitik, weil der Südosten für die britische Unternehmerinitiative „kein lohnendes Objekt“ war und weil andererseits die Empireländer in der Erhöhung der britischen Einfuhr aus Südosteuropa eine Beeinträchtigung des Absatzes ihrer Produkte erblickten.

In den wenigen Fällen, in denen britisches Kapital in Südosteuropa günstige Chancen gewittert hatte, hatte es diese schon ein bis drei Jahrzehnte vor der „Offensive“ wahrgenommen: im jugoslawischen Bergbau, in der rumänischen Erdölindustrie, wo es den monopolistischen Weltkonzernen primär nicht um die Erschließung, sondern um die Kontrolle zu tun war, in der türkischen Industrialisierung und in wenigen anderen Fällen. Auf dem Gebiet der Dienstleistungen galt das gleiche. Dem britischen

Seefrachtenmarkt bot die Fahrt nach Südosteuropa angesichts der geringen in Frage kommenden Transportmengen keinen Anreiz. Diese Domäne überließen die Briten Ländern wie Italien und Griechenland, denen sie auch im Banken- und Versicherungswesen den Vortritt ließen.

Als Absatzmarkt für britische Industriewaren und für Rohstoffe aus dem Empire war Südosteuropa — gemessen an den anderen, Großbritannien offenstehenden Märkten — eine „*quantité négligeable*“. Großbritannien führte nach Südosteuropa im Durchschnitt der letzten drei Jahre nur 1,7 v. H. seiner Gesamtausfuhr aus. Es setzte damit nach allen sechs Südostländern nur so viel Waren ab, wie es jährlich nach einem an sich auch nicht bedeutsamen Lande wie Norwegen allein lieferte. Für den Absatz von Waren aus dem britischen Empire und anderen, von der Londoner City mehr oder weniger abhängenden überseeischen Rohstoffproduktionsgebieten spielte Südosteuropa ebenfalls eine völlig untergeordnete Rolle. Im Jahresdurchschnitt 1936/38 war Südosteuropa an der Welteinfuhr von Rohbaumwolle mit nur 2,3 v. H., von Rohwolle mit nur 0,9 v. H. und von Kautschuk mit 0,7 v. H. beteiligt. Das kleine Belgien zum Beispiel führte an Kautschuk fast das Doppelte dessen ein, was alle Südostländer zusammen kauften. Die unter britischem Einfluß stehenden Weltrohstoffkonzerne haben infolgedessen dem Südostmarkt nie irgendein Interesse abgewinnen können, ebensowenig, wie dies die britische Ausfuhrindustrie — von einzelnen Spezialzweigen abgesehen — getan hat. Es kommt hinzu, daß die britische Produktionsmittelausfuhr schwächer als die deutsche ist, daß ganz allgemein die britische Produktionsmittelindustrie in den letzten Jahren infolge der Aufrüstung wenig Kapazitäten für zusätzliche Exporte freimachen konnte und daß sie im übrigen in ihrem lukrativen Hochbeschäftigungsstand geringes Interesse an der — vom türkischen Geschäft abgesehen — mühseligen Kleinarbeit auf den begrenzten Südostmärkten hatte. Diese Scheu vor der Mühsal des Geschäfts in den kleinen Südostländern ist im übrigen auch für die im Konsumgütersektor arbeitenden britischen Exportunternehmer charakteristisch; schon allein dadurch errang der deutsche Unternehmer in den letzten Jahren in ganz Südosteuropa ein wirtschaftsmoralisches Übergewicht gegenüber dem britischen.

Unter dem Gesichtspunkt der Sicherung bestimmter Bezugsmöglichkeiten spielte Südosteuropa in der britischen Handelspolitik aber ebenfalls keine entscheidende Rolle. Großbritannien konnte ein

größeres Interesse weder wehrpolitisch noch weltmarktwirtschaftlich haben, weil die Südostgebiete mit Großbritannien keinen geschlossenen geographischen Raum bilden und weil sich die Briten nach dem Grundsatz der internationalen Arbeitsteilung bei jeder Ware tunlichst im Lande der geringsten Produktionskosten versorgten; ein Verfahren, bei dem der Südosten auch dann ausgefallen wäre, wenn er größere Mengen auf den Weltmarkt hätte bringen können. Das rumänische Öl liegt wehrgeographisch für die britischen Inseln ungünstiger als z. B. das karibische, und auch die Streitkräfte im Nahen Orient und im östlichen Mittelmeer können sich gesicherter aus dem Irak und vom Indischen Ozean her mit Nahrungsmitteln und Kraftstoffen versorgen. Vom Wehrwirtschaftlichen abgesehen, erweist sich die Tatsache der geringen Orientierung des britischen Südostinteresses am Versorgungsgesichtspunkt z. B. daraus, daß die britische *Trepča Mines Ltd.* ihre in Jugoslawien geförderten Blei- und Zinkerze nicht nach Großbritannien, sondern nach anderen Ländern verkauft hat. Weltproduktionsmonopole, auf die die Briten gegebenenfalls ihre Hand selbst mit erhöhtem Aufwand gelegt haben würden, besitzt Südosteuropa so gut wie nicht. Von einem solchen kann man in gewissem Sinne beim jugoslawischen Weichhanf sprechen, der außer in Italien und Jugoslawien nirgends in der Welt angebaut wird. In diesem einen Fall, in dem ein absolutes Interesse an einer bestimmten südosteuropäischen Erzeugung vorlag, haben die Briten, wie erwähnt, sofort nach der politischen Schwenkung Italiens ihren Einfluß auf die jugoslawische Erzeugung zu erhöhen versucht. Verband sich jedoch kein solches Interesse der britischen Unternehmerschaft wie hier mit den Absichten der britischen Politik, so kam eine Erweiterung der Warenbewegung nicht zustande.

Noch bis in das Kriegsstadium der „Offensive“ setzte sich der privatkapitalistische Standpunkt vor dem nationalpolitischen durch. Eines der besten Beispiele dafür ist der Skandal um die politischen Tabakgroßkäufe in Bulgarien und Griechenland, die — obgleich seit 1938 von den diplomatischen Missionen und handelspolitischen Kreisen gefordert — infolge des Widerstandes der am amerikanischen Tabakanbau beteiligten *Imperial Tobacco Co.* und der vier anderen britischen Zigarettenkonzerne mit Bulgarien nie, mit Griechenland nur in geringfügiger Menge zustande kamen. Die fünf Firmen lehnten auch öffentlich die Käufe im Südosten mit der Begründung ab, daß sie riesige Summen in die Wer-

bung für den Genuß von Virginiatabaken investiert hätten und ihnen daher eine Umstellung nicht zumutbar sei. Der britischen Wirtschaft und dem Empirehandel ist die nationalwirtschaftliche Notwendigkeit der Südost-„Offensive“ offenbar gar nicht bewußt geworden. Noch im April 1940 glaubte die *Financial Times* vor einer übertriebenen Betätigung der *United Kingdom Commercial Corporation Ltd.* wegen der dem Empirehandel daraus eventuell erwachsenden dauernden Nachteile warnen zu müssen.

Diesem Gemisch von interessenpolitischen Umtrieben und finanz- und handelspolitischen Bestrebungen auf britischer Seite begegnete auf der Seite der Südostländer ein eindeutiger handelspolitischer Wille, der mit den Vorteilen des bilateralen Handelsverkehrs mit Verrechnungsländern wie Deutschland die Vorzüge des Freidevisenerwerbs im Verkehr mit Ländern wie Großbritannien zu verbinden suchte. Im Gegenseitigkeitsverkehr mit Deutschland gelang es den Südostländern, für ihre Ausfuhrüberschüsse Preise zu erzielen, die weit über den Weltmarktpreisen lagen und ihnen die erwünschte Stärkung ihrer Binnenmärkte brachte. Gleichzeitig unterstützte Deutschland durch die Abnahme von Waren, deren Produktion qualitativ und quantitativ noch entwicklungsfähig war, und durch die Ermutigung zur Intensivierung und Vermannigfachung der landwirtschaftlichen Erzeugung (Industriepflanzen usw.) die weitere Lösung von der einseitigen Abhängigkeit vom Weltmarkt für einige Massenartikel. Da der Südosten durch diese enge Bindung an Deutschland allmählich in den Genuß aller derjenigen Vorteile gelangte, die der wesentliche Inhalt des wirtschaftspolitischen Programms gewesen wären, da andererseits im Verrechnungsverkehr mit Deutschland den Südostländern keine freiverfügbaren Devisen zur Bestreitung ihrer übrigen internationalen Verpflichtungen anfielen, beschränkte sich das handelspolitische Interesse der Südostländer am Handel mit Großbritannien darauf, durch die Ausfuhr nach Großbritannien Pfunddevisen zu erwerben, die sie gerade *nicht* zur Einfuhr britischer Waren verwenden wollten. Da Großbritannien bis zur Einführung der verschärften Devisenbewirtschaftung am 8. Juni 1940 nicht darauf bestand, daß die Südostländer britische Waren abnahmen, richtete sich deren handels- und devisenpolitische Zielsetzung unweigerlich gegen die Erhöhung der britischen Ausfuhr nach Südosteuropa. Tatsächlich haben die Südostländer ihre Devisenpolitik in den letzten Jahren systema-

wichtiger Waren der südosteuropäischen Länder

Bulgarien					Griechenland					Türkei				
Anteil der betr. Ware an der bulgar. Gesamtausfuhr 1938	Anteil Großbritanniens an der Ausfuhr der betr. Ware			Anteil der betr. Ware an der Gesamtausfuhr nach Großbritannien 1938	Anteil der betr. Ware an der griech. Gesamtausfuhr 1938	Anteil Großbritanniens an der Ausfuhr der betr. Ware			Anteil der betr. Ware an der Gesamtausfuhr nach Großbritannien 1938	Anteil der betr. Ware an der türk. Gesamtausfuhr 1938	Anteil Großbritanniens an der Ausfuhr der betr. Ware			Anteil der betr. Ware an der Gesamtausfuhr nach Großbritannien 1938
	1936	1937	1938			1936	1937	1938			1936	1937	1938	
in v. H.														
6,5	43,6	60,9	10,9	14,7	3,9	.	0,2	—	—
.	0,9	.	0,2	—	—
2,7	75,9	64,0	50,0	28,3	3,6	.	11,0	6,6	6,9
.
0,7	—	—	—	—	0,6	.	—	—	—
2,3	—	—	—	—
1,8	11,2	14,8	13,6	5,1
2,1	4,4	1,9	0,2	0,1
.
7,8	—	—	2,7	4,5	0,6	.	0,3	—	—
.
1,8	1,7	2,6	6,1	2,4	2,3	0,1	1,8	0,3	0,1	2,5	.	0,2	0,1	0,1
.
.	2,3	.	0,2	0,0	0,0
.	2,5	.	24,9	4,9	3,6
.
.	0,8	.	75,9	45,4	10,8
0,4	0,4	0,4	.	—	1,8	.	6,6	2,9	1,6
.
.	1,4	.	—	—	—
.	8,4	.	4,4	4,6	11,2
0,7	7,6	1,9	0,5	0,1
.	2,9	0,4	0,9	0,6	0,2
1,7	9,6	5,2	7,3	2,6	1,3	.	12,2	7,7	3,0
.	0,6	.	52,8	25,1	4,6
0,0	21,4	8,1	—	—
.	5,7	6,1	3,1	6,2	4,3
1,0	18,5	20,0	22,4	4,7	0,3	6,9	1,1	1,7	0,1	1,1	.	41,0	10,3	3,2
.
.
42,4	0,3	0,1	0,1	0,9	50,4	0,2	0,6	1,2	7,0	27,1	.	2,0	0,5	3,7
.
.
9,9	—	—	2,2	4,5
.	1,8	1,4	6,7	4,3	0,9	3,8	.	22,3	10,4	11,6
.	9,2	70,0	62,6	56,9	62,9
.	5,2	25,5	22,0	15,7	9,9
.	9,9	.	18,6	2,3	6,6
.	0,7	.	23,9	16,2	3,1
.
.
.
.
.	1,5	2,4	6,2	0,2	0,0
.	0,5	26,2	14,2	10,8	0,7
.	1,7	—	5,1	4,8	0,4	.	.	—	—	—
.	0,5	20,0	14,0	3,8	0,3	3,5	.	0,4	1,8	1,9
.	0,4	.	—	—	—
.
.
.
.	1,2	.	11,0	8,5	2,9
.	1,8	6,4	1,1	0,6	0,1	0,8	.	6,5	2,7	0,6

Die wichtigsten Absatz- und Bezugsgebiete der Staaten Südosteuropas

	Bulgarien					Griechenland					Jugoslawien					Rumänien				
	1933	1935	1937	1938	1939	1933	1935	1937	1938	1939	1933	1935	1937	1938	1939	1933	1935	1937	1938	1939
In Mill. der Landeswährung																				
Gesamtausfuhr	2.847	3.253	5.020	5.578	6.065	5.141	7.101	9.555	10.149	9.200	3.378	4.030	6.272	5.047	5.521	14.171	16.756	31.568	21.533	26.809
In v. H. der Gesamtausfuhr																				
Absatzgebiete:																				
Großdeutschland	45'7	52'6	47'1	58'9	67'8	19'7	31'1	32'7	40'0	27'5	35'6	33'0	35'2	42'0	31'9	17'2	29'3	26'0	26'5	32'3
Deutsches Reich	36'0	48'0	43'1	.	.	17'9	29'7	31'0	.	.	13'9	18'7	21'7	.	.	10'6	16'7	19'2	.	.
Österreich	9'7	4'6	4'0	.	.	1'8	1'4	1'7	.	.	21'7	14'3	13'5	.	.	6'6	12'6	6'8	.	.
Ehemalige Tschechoslowakei	3'5	6'9	5'6	4'6	3'3	1'7	2'6	4'0	2'9	2'0	10'8	13'3	7'9	7'9	14'5	4'8	5'9	8'2	9'6	10'8
Italien	9'1	8'7	4'2	7'6	6'1	14'0	5'9	6'3	5'2	6'3	21'5	16'7	9'4	6'4	10'6	9'2	15'6	6'6	6'2	12'1
Frankreich	3'3	1'8	1'6	1'5	0'9	8'4	2'7	2'5	2'9	2'8	2'2	1'6	5'4	1'5	2'5	12'4	4'1	5'7	4'7	3'4
Großbritannien	1'8	4'4	13'8	4'8	3'1	18'9	12'6	9'0	8'3	13'7	2'7	5'3	7'4	9'6	6'6	15'4	9'6	8'8	11'7	14'1
In Mill. der Landeswährung																				
Gesamteinfuhr	2.202	3.009	4.986	4.934	5.197	8.432	10.681	15.204	14.761	12.275	2.883	3.700	5.234	4.975	4.757	11.742	10.847	20.285	18.768	22.890
In v. H. der Gesamteinfuhr																				
Bezugsgebiete:																				
Großdeutschland	44'4	59'9	58'2	52'0	65'5	11'5	20'7	29'7	30'3	29'9	29'3	28'1	42'7	39'4	47'7	27'8	34'6	37'4	36'8	39'3
Deutsches Reich	38'2	53'5	54'1	.	.	10'2	18'7	27'2	.	.	13'2	16'2	32'4	.	.	18'6	23'8	28'9	.	.
Österreich	6'2	9'4	4'1	.	.	1'3	2'0	2'5	.	.	16'1	11'9	10'3	.	.	9'2	10'8	8'5	.	.
Ehemalige Tschechoslowakei	4'8	6'8	5'0	5'9	4'0	4'1	3'9	1'8	1'6	2'0	12'1	14'0	11'1	10'7	6'6	9'8	13'0	16'1	13'1	16'8
Italien	12'7	3'1	5'0	7'5	6'9	5'7	3'7	2'9	3'4	5'3	15'9	10'0	8'2	8'9	11'7	10'5	7'7	4'3	5'0	8'8
Frankreich	4'4	1'4	3'3	3'7	1'2	4'3	1'7	1'7	1'6	1'4	4'2	4'4	1'7	2'9	2'0	10'5	7'2	6'1	7'7	8'2
Großbritannien	6'9	4'7	4'7	7'1	2'8	14'4	15'5	11'0	13'0	12'0	9'7	10'1	7'8	8'7	5'1	14'9	9'8	9'4	8'1	5'9
Ungarn																				
Türkei																				
Südosteuropa, gesamt ²⁾																				
In Mill. der Landeswährung																				
Gesamtausfuhr	391'3	451'5	588'0	522'4	605'5	96'2	95'9	138'0	144'9	127'4
In v. H. der Gesamtausfuhr																				
Absatzgebiete:																				
Großdeutschland	38'2	43'0	40'9	45'7	50'1	19'9	42'8	38'5	44'1	37'3	15'0	25'8	26'1	41'0	40'2
Deutsches Reich	11'2	23'9	24'1	27'4	.	18'9	40'9	36'5
Österreich	27'0	19'1	16'8	18'3	.	1'0	1'9	2'0
Ehemalige Tschechoslowakei	7'7	4'7	3'5	4'1	2'3	3'8	3'2	4'4	3'5	4'8	5'8	5'9	6'0	5'7	7'0
Italien	0'6	13'5	12'3	8'5	15'5	13'5	9'9	5'3	10'1	10'0	12'1	12'8	7'9	7'4	11'2
Frankreich	4'5	2'2	2'0	1'9	1'2	6'4	3'2	3'8	3'3	4'4	7'0	2'8	4'0	2'7	2'6
Großbritannien	8'0	8'4	7'2	8'1	5'2	8'9	5'4	7'1	3'4	5'7	10'1	8'0	8'8	7'9	8'4
In Mill. der Landeswährung																				
Gesamteinfuhr	312'6	402'3	483'6	410'6	489'0	74'7	88'8	114'4	149'8	118'2
In v. H. der Gesamteinfuhr																				
Bezugsgebiete:																				
Großdeutschland	39'7	41'5	43'9	41'6	48'6	27'4	43'2	43'7	47'5	52'5	18'6	25'6	32'6	40'2	45'6
Deutsches Reich	19'7	22'7	25'9	30'1	.	25'5	40'0	42'7
Österreich	20'0	18'8	18'0	11'5	.	1'9	3'2	1'6
Ehemalige Tschechoslowakei	10'2	4'7	6'3	7'3	4'0	4'7	4'4	2'6	3'9	1'5	8'2	8'0	7'7	6'8	6'9
Italien	7'4	7'5	7'0	6'3	7'1	11'4	6'4	5'3	4'7	8'5	10'1	6'8	5'4	5'7	8'2
Frankreich	5'6	1'1	0'9	1'5	1'3	6'6	4'7	1'1	1'3	1'9	6'5	3'5	2'6	3'0	2'3
Großbritannien	4'4	5'3	5'3	6'3	4'8	13'5	9'8	6'2	11'2	6'3	11'2	9'6	7'8	9'2	6'2

1) Nur Böhmen und Mähren. — 2) Die Anteile am gesamten Außenhandel Südosteuropas wurden durch Umrechnung der Originalzahlen der südosteuropäischen Länderstatistiken auf Golddollar ermittelt

tisch darauf abgestellt, ihre Ausfuhr nach Nichtverrechnungsländern wie Großbritannien zu erhöhen, ihre Einfuhr von dort zu drosseln und im Außenhandel mit Verrechnungsländern umgekehrt zu verfahren. Nach Kriegsausbruch verschärfte sich der Drang der Südostländer nach Pfunddevisen, insbesondere auch, weil sich die Überseerohstoffe verknappten und im Preise stiegen. Seit dem Frühjahr 1940 aber gingen die südosteuropäischen Ausfuhrfirmen auf Anweisung ihrer Regierungen im Hinblick auf den Kursverfall des freien englischen Pfundes zur Dollarfakturierung über. Gleichzeitig lösten die südosteuropäischen Notenbanken ihre allerdings — mit Ausnahme Griechenlands — nie sehr eng gewesene Bindung an das Pfund und seit

der Abschnürung des Mittelmeerraumes dürften die Umsätze in englischen Pfunden, da die Pfunddevisen güterwirtschaftlich nur noch sehr beschränkt verwertbar ist, in den Südostländern noch stärker zurückgegangen sein.

Während der britischen „Wirtschaftsoffensive“ haben im Südosten zwei verschiedene wirtschaftliche und politische Gesinnungen gegeneinander gekämpft. Dabei hat sich die deutsche Idee der nationalwirtschaftlichen Sicherung auf der Grundlage sorgfältiger Abstimmung der gegenseitigen wirtschaftlichen Interessen gegen die Politik eines Staates durchgesetzt, der selbst noch im Streit mit der Bereicherungs-idee seiner nach liberal-kapitalistischen Grundsätzen handelnden Unternehmerschaft lag.